

Rolf Leinz
Stadtverordneter

Ginsheim-Gustavsburg, 13.11.2025

An den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
Ginsheim-Gustavsburg
Herr Torsten Reinheimer

**Pro Ausländerbeirat – überarbeitete Fassung (rechtssicher)
Änderungsantrag zu Vorlage 2025/0289**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit stelle ich folgenden Änderungsantrag zur Vorlage 2025/0289/329 Pro
Ausländerbeirat, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Beschlussvorschlag

- a) Der Magistrat wird beauftragt, rechtzeitig vor der nächsten Wahl des
Ausländerbeirats sachlich und neutral über den Wahltermin, die Wahlmodalitäten
und die Möglichkeit einer Kandidatur zu informieren.
- b) Die Informationsangebote sollen verständlich, barrierearm und mehrsprachig
gestaltet werden, um auch Einwohnerinnen und Einwohnern mit geringen
Deutschkenntnissen den Zugang zu den relevanten Informationen zu ermöglichen.
- c) Dabei soll insbesondere der Ablauf einer Kandidatur leicht verständlich erläutert
werden, um Hemmschwellen für interessierte Personen zu verringern.

Begründung:

Die Wahlen zum Ausländerbeirat sind ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Demokratie und ermöglichen es Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die seit Jahren in unserer Stadt leben, ihre Interessen politisch zu vertreten.

Um eine möglichst breite Teilhabe zu ermöglichen, ist es sinnvoll, dass die Stadt die bevorstehende Wahl in geeigneter Weise neutral, sachlich und mehrsprachig bekannt macht. Dadurch werden Informationsbarrieren abgebaut, ohne dass in den Wahlprozess oder in die Entscheidungsfreiheit der Wahlberechtigten eingegriffen wird.

Besonders vor dem Hintergrund der gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahl und der Möglichkeit der Briefwahl sollte sichergestellt werden, dass alle wahlberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner die notwendigen Informationen rechtzeitig und in verständlicher Form erhalten.

Damit trägt die Stadt dazu bei, das Bewusstsein für demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten zu stärken – im Rahmen der gebotenen Neutralität und Gleichbehandlung aller Wahlberechtigten.

(Rolf Leinz)